

Was ist die deutsche Verantwortung im 21. Jahrhundert?

- Für eine verantwortliche Afrikapolitik der Bundesrepublik -

Die von EU und Deutschland betriebene Afrikapolitik heißt: Ausbeutung und Abschottung. Willfährige Despoten stützen, missliebige Regime stürzen. Wertvolle Ressourcen zu Niedrigstpreisen beziehen, Sklavenlöhne für Arbeitskräfte zahlen. Freizügigkeit von Arbeit und Kapital, Abbau von Handelshemmnissen - afrikanische Länder mit subventionierten Billigprodukten aus Europa überschwemmen und die einheimischen Märkte zerstören. All dies ist maßgebender Teil aktueller Afrikapolitik. Der Wohlstand in Europa und Deutschland gründet auch auf der Ausbeutung und Verelendung Afrikas.

Ziel der Politik der Bundesregierung ist eine verbesserte Erschließung „der afrikanischen Märkte für die deutsche Wirtschaft“. Und eine „nachhaltige Rohstoffpolitik“, die die Versorgungssicherheit für die deutsche Wirtschaft“ erhöht. Entsprechend gab Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die neue Marschrichtung der Bundeswehr vor: „Ein boomendes Afrika ist eine Chance, gerade für ein Land mit einer so starken Exportwirtschaft wie Deutschland.“ Afrika ist reich an Bodenschätzen, die für die westlichen Industrienationen essentiell sind – ob Öl, Uran, Gold, Diamanten, Platin, Titan, Bauxit, Kobalt oder Coltan, das für jedes Handy benötigt wird, oder zahlreiche andere natürliche Ressourcen.

Im Falle von Afrika arbeiten Wirtschafts-, Außen- und Verteidigungsministerium Hand in Hand, wobei kein Hehl daraus gemacht wird, dass die Afrikapolitik neben sinnvollen entwicklungspolitischen Projekten in hohem Maße von dem Bestreben geleitet ist, sowohl den politischen Einfluss als auch die Profite deutscher Unternehmen zu erhöhen.

So werden Deutsche Soldaten zunehmend dorthin entsandt, um sich an internationalen Einsätzen zu beteiligen — sei es in der Demokratischen Republik Kongo, in Mali, der Zentralafrikanischen Republik, in Darfur, Somalia, Südsudan, Senegal, Westsahara oder bei der Anti-Piraten-Mission Atalanta vor den Küsten Somalias, wo durch die

industriellen Fangflotten der EU die Fischgründe für die heimischen Fischer zerstört und ihnen ihre Lebensgrundlage entzogen wurde. Bei den übrigen Einsätzen geht es oft um Missionen zur Ausbildung von lokalen Milizen, Militär- und Polizeikräften – um ein „Outsourcing der Gewaltanwendung“.

Wie schon in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2006¹ geht es dabei vor allem um Rohstoff- und Ressourcensicherung. Nachstehend drei signifikante Beispiele deutscher Afrikapolitik:

- **Zentralafrika**

Kurz vor dem Rat der EU-Außenminister am 20. Januar 2014 hatte Außenminister Steinmeier in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung angekündigt, dass er in Absprache mit der neuen Verteidigungsministerin nicht nur ein verstärktes militärisches Engagement in Mali, sondern auch eine direkte militärische Unterstützung durch Lufttransport in die Zentralafrikanische Republik anstrebt.

„Europa kann Frankreich dabei nicht alleine lassen“, begründete Steinmeier den Vorstoß und reiste gleich nach dem EU-Gipfel gemeinsam mit von der Leyen nach Frankreich, um dort den neuen Schulterchluss zwischen Deutschland und Frankreich in der Afrika-Politik zu unterstreichen.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz bestärkten sowohl der deutsche Außenminister als auch von der Leyen die Absicht, sich ebenso in Zentralafrika verstärkt militärisch zu engagieren. Euphemistisch begründet wurde dies unter anderem mit vermeintlich humanitären Zielen und einem drohenden Völkermord, im Vordergrund scheint uns die Wirtschaftsmacht Deutschlands zu stehen und die Abhängigkeit von Rohstoffen.²

- **Angola**

Auch das im Juli dieses Jahres zu Ende gegangene sechste „Deutsch-Angolanische Wirtschaftsforum“ ist Beispiel für die deutsche Afrikapolitik. Auch wenn der deutschen Wirtschaft trotz vieler Bemühungen hier noch kein großer Durchbruch gelungen ist, ist Berlin bei der militärischen Kooperation mit Luanda schon ein gutes Stück weiter gekommen. Ende 2014 schlossen beide Länder eine Vereinbarung über eine militärpolitische „Partnerschaft“ ab und bereits im März dieses Jahres fanden gemeinsame Militärübungen statt. Angola empfiehlt sich als nützlicher Verbündeter zur Umsetzung geostrategischer Interessen Deutschlands im subsaharischen Afrika: Es baut seit Jahren seinen militärischen Apparat massiv aus und stellt damit den bisherigen Anspruch Südafrikas infrage, als kontinentaler Hegemon aufzutreten.

- **Tunesien**

Die Bundesrepublik verstärkt ihre militärische Unterstützung für Tunesien und zielt dabei insbesondere auf die Hochrüstung der tunesischen Außengrenzen ab. Dies ist das Ergebnis eines Besuchs von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen

¹ Weißbuch der Bundesrepublik aus dem Jahr 2006, Seite 23 ff.

² IMI-Analyse 2014/08 - in: AUSDRUCK (April 2014) Zentralafrika: „Machtvakuum“ oder Arena der Mächte
Christoph Marischka | Veröffentlicht am: 19. Februar 2014

im Juli d.J. in dem nordafrikanischen Land.³ Demnach wird die Bundeswehr Tunesiens Streitkräften Ausrüstung im Wert von gut 1,2 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Außerdem kündigte von der Leyen Gespräche über eine deutsche Unterstützung für den tunesischen Grenzschutz an. Während die Maßnahmen offiziell als deutscher Beitrag zum Kampf gegen jihadistischen Terror legitimiert werden, bemüht sich Berlin seit Jahren um Einfluss auf die tunesische Grenzabschottung. Allerdings scheint der Terroranschlag vom 26. Juni bisherige Widerstände in der EU gegen eine EU-„Grenzschutzmission“ in Tunis ausgehebelt zu haben. Letztere würde nicht nur dazu beitragen, die unerwünschte Einreise von Flüchtlingen aus Nordafrika in die EU zu erschweren. Eine starke deutsche Beteiligung an den Maßnahmen ermöglichte es Berlin zudem, in der Rivalität mit Paris in dessen ehemaligen afrikanischen Kolonien die eigene Stellung zu stärken.

Resümiert man nur anhand der vorstehenden wenigen Beispiele die deutschen Bemühungen, auf dem Kontinent Afrika Fuß zu fassen, so zeigt sich, dass es der deutschen Regierung vor allem um zwei Ziele geht: Rohstoffsicherung sowie Erschließung des Kontinents als Absatzmarkt für deutsche Produkte, einschließlich Rüstungsexport auf der einen und Flüchtlingsabwehr auf der anderen Seite.

Die zweite Säule der von EU und Deutschland betriebenen Politik, ist die Abschottung. Sie wird durch Frontex und einer damit einhergehenden inhumanen Flüchtlingspolitik betrieben. Die EU-Außengrenzen werden durch Abkommen mit Anrainerstaaten vorverlagert, wobei Technik und Know-how der Grenzsicherung exportiert werden. Dazu gehört auch die EU-Finanzierung von Auffang- und Abschiebelagern, in denen Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa aufgehalten werden, wie z.B. in Mauretanien, Libyen, Marokko oder Tunesien.

Bei dem neuen auf Afrika gerichteten Fokus setzen Berlin und Brüssel vornehmlich auf Wirtschafts- und „Sicherheitspolitik“. So forderte der Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin, Günter Nooke ein „härteres Vorgehen“ gegen diktatorische Regierungen in Afrika, „um Fluchtursachen zu bekämpfen“. Es komme darauf an, Staaten zu „stabilisieren“, indem korrupte Strukturen beseitigt würden. Für Systeme wie in Eritrea bedeute dies, dass „ein Ende des jetzigen Regimes herbeizuführen“ sei. Einen solchen „Regime-Change“ zur „Verteidigung der Menschenrechte“ hatte die westliche Wertegemeinschaft schon 2011 in Libyen betrieben. Seither versinkt das Land, von dem aus viele Flüchtlinge die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer wagen, in Chaos und Bürgerkrieg.⁴

Aus unserer Sicht ist eine Neuorientierung der deutschen Afrikapolitik dringend erforderlich. Die in den afrikapolitischen Leitlinien der Bundesrepublik aus dem Jahr 2014 wesentlich auf Wirtschaftszusammenarbeit und Sicherheits- und Rüstungspolitik gerichtete Blick muss auf eine nachhaltige Friedenspolitik und Entwicklungspolitik neu fokussiert werden, die ihrem Namen gerecht wird. Dazu gehört vor allem eine schonungslose Analyse und Darstellung der Ursachen von Hunger, Krieg und Flucht auf dem afrikanischen Kontinent. Entsprechend ist die Afrikapolitik radikal neu auszurichten und vom Kopf auf die Füße zu stellen.

³ 31.07.2015, German Foreign Policy, „Grenzkontrolle in Nordafrika“

⁴ Junge Welt vom 7.8.2015

Wir fordern:

- Die sofortige Beendigung der Ausbeutung der Ressourcen des afrikanischen Kontinents auch durch deutsche Konzerne ohne gerechten Ausgleich.
- Eine gerechte Wirtschaftspolitik mit afrikanischen Staaten muss sich an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen orientieren. Es kann nicht sein, dass wir die Länder mit unseren preisgünstigen, subventionierten Produkten überschwemmen und die heimische Wirtschaft damit zerstören.
- Dass Deutschland seine Waffenlieferungen an afrikanische Staaten vollständig einstellt.
- Sämtliche Militärmissionen in Afrika zu beenden, einschließlich Ausbildung und Beratung durch deutsche Soldaten.
- Die Schließung des Militärstützpunktes Ramstein und der US-amerikanischen Kommandozentrale für Afrika (AFRICOM). Die Einsatzplanung und Steuerung von Kampfdrohnen von deutschen Boden kann nicht geduldet werden.
- Die sofortige Beendigung der Abschottungspolitik durch Frontex, EU- und deutsche militärische Missionen.
- Die Umsetzung der Forderung vieler Menschenrechtsorganisationen angesichts der humanitären Katastrophe des Massensterbens im Mittelmeer: „... eine Initiative für eine UN-Dekade zum Schutz von Flüchtlingen und zur Bekämpfung der sozialen, ökonomischen, ökologischen und politisch-institutionellen Fluchtursachen in die Wege zu leiten.“
- Die Bundesregierung auf, das vor Jahren bereits versprochene Minimalzieles von 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe endlich zu erfüllen. Dieses macht derzeit gerade einmal 0,256 % aus..

Aachen, 21. August 2015